



Beschlussvorlage

BV-Nummer	Datum	Aktenzeichen
1629/II/66.2/2023	20.02.2023	II/66.2 BA

Beratungsfolge	Termin	Öffentlichkeitsstatus
Stadtrat	06.03.2023	öffentlich

Beratungsgegenstand **Vergabe der Straßenbauarbeitern - Ausbau der Ottostraße**

Beschlussvorschlag:

Die Bauarbeiten zum Ausbau der Ottostraße werden der Firma

Peter Groß Infrastruktur GmbH & Co. KG

gemäß dem überprüften Angebot vom 07.02.2023 mit einer Auftragssumme von

637.026,28 € brutto Gesamtsumme

übertragen.

Die Verrechnung erfolgt auf:

Ausbau Ottostraße	Investitionsnr.	5416080079	637.026,28 €
-------------------	-----------------	------------	--------------

Begründung:

Die Ottostraße ist in einem sehr schlechten Zustand und soll deshalb im Rahmen der Wiederkehrenden Beiträge und der Städtebauförderung erneuert werden. Der Ausbau erfolgt teilweise niveaugleich. Die Ausführung soll Mitte April bis Anfang September erfolgen.

Ausgebaut werden folgende Teileinrichtungen: Fahrbahn, Parkstreifen, Gehweg, Straßenentwässerung, Straßenbeleuchtung. Der Gehweg auf der Seite des Alten Friedhofs bleibt in weiten Teilen erhalten. Umfang der Leistungen:

Gesamtfläche: ca. 2.857 m²

Es wurden auf dem Weg der öffentlichen Ausschreibung nach VOB Angebote eingeholt. Zur Angebotseröffnung am 08.02.2023 wurden insgesamt drei Angebote eingereicht. Sie wurden unter Berücksichtigung aller technischen, wirtschaftlichen und formalen Aspekte mit folgendem Ergebnis vom Ing.-Büro Thiele überprüft:

Nr.	Bieter	Sitz	Nachgerechnete Angebotssumme Brutto
1.	Peter Gross Infrastruktur GmbH & Co. KG	Pirmasens	637.026,28 €
2.			781.762,75 €
3.			846.936,09 €

Das wirtschaftlichste Angebot wurde von der Firma Peter Groß Infrastruktur abgegeben.

Der KVA wurde im Stadtrat am 14.11.2022 (BV-Nr. 1545/II/66.2/2022) beschlossen.

Die Angebotssumme liegt innerhalb der im KVA prognostizierten Kosten.

Es wird empfohlen der Firma Peter Gross Infrastruktur GmbH, Pirmasens, den Auftrag zu erteilen.

Finanzierung:

Die Mittel stehen bei Inv.Nr. 5416080079 zur Verfügung. Es handelt sich um eine Fortsetzungsmaßnahme gemäß § 99 GemO. Haushaltsrechtlich bestehen gegen die Auftragsvergabe keine Bedenken.

Datum / Oberbürgermeister